▶▶▶ ZEITPLAN FÜR DEN VOLKSENTSCHEID

- ✔ Berliner sammeln über 50.000 gültige Unterschriften
- ○ Senat gibt Stellungnahme ab: September 2016
- ○ Abgeordnetenhaus berät Gesetzentwurf: maximale Frist 4 Monate
- ○ zweite Unterschriftensammlung (Volksbegehren) startet: Februar 2017
- ○ Berliner sammeln 500.000 gültige Unterschriften bis Juni 2017
- ○ Volksentscheid am Tag der Bundestagswahl: September 2017

▶▶▶ JETZT MITMACHEN!

Wenn der Senat im September seine Stellungnahme abgibt, kann von Februar bis Juni 2017 die 2. Unterschriftensammlung stattfinden.

500.000 gültige Unterschriften in vier Monaten – das hat es in Berlin noch nie gegeben!

Darum brauchen wir eine gute Vorbereitungsphase und die beginnt jetzt.
Du willst dabei sein?
Es gibt viele Möglichkeiten sich zu beteiligen.
Melde dich unter
info@volksentscheid-retten.de
mobil 0176 - 588 34 716

VisdP: Förderverein Volksentscheid Retten i.G

▶▶▶ VOLKSENTSCHEID RETTEN!

DEMOKRATIE STÄRKEN

www.volksentscheid-retten.de

Infotelefon 0176 - 588 34 716

Unterstützt diesen Volksentscheid mit eurer Spende
Förderverein Volksentscheid Retten e.V.
GLS Bank,
IBAN: DE 68 4306 0967 1189 7044 00

www.volksentscheid-retten.de

facebook.com/volksentscheidretten.de

https://twitter.com/berlinentscheid

VOLKSENTSCHEIDE IN GEFAHR

„Am Anfang war das Wasser ... es folgte der Strom... wir redeten über Gott und das Feld.... wie wir wohnen und wie wir uns bewegen...“

Bei wichtigen Themen haben Berlinerinnen und Berliner in den vergangenen Jahren selbst entschieden. Direkte Demokratie hat die Politik in Berlin belebt und korrigiert.

Aber was tun die regierenden Parteien? Sie behindern und missachten direkte Demokratie. Drei Beispiele:

- **Energie-Volksentscheid 2013:** Senat legt den Abstimmungstermin aus taktischen Gründen nicht auf die Bundestagswahl und spekuliert auf geringe Beteiligung.
- **Januar 2016**, knapp zwei Jahre nach dem Volksentscheid zum Erhalt des Tempelhofer Feldes änderte die CDU/SPD Koalition das THF-Gesetz und mißachtet ein klares Votum von 740.000 Berlinern. Unter dem Vorwand einer temporären Unterbringung für Geflüchtete, sollte damit Baurecht „durch die Hintertür“ geschaffen werden.
- **März 2016:** SPD/CDU ändern das Abstimmungsgesetz und haben damit Volksentscheide noch einmal erheblich erschwert.

HALT! STOPP!

Wir brauchen direkte Demokratie

Wir brauchen Volksentscheide – aber verbindlich, fair und machbar!

VOLKSENTSCHEID RETTEN

Damit die Berliner auch weiterhin über wichtige Sachfragen selbst entscheiden können, müssen wir Volksentscheide vor politischer Willkür schützen.

VOLKS ENTSCHEID RETTEN!
www.volksentscheid-retten.de
DEMOKRATIE STÄRKEN

MIT DEM VORGESCHLAGENEN GESETZ WERDEN VOLKSENTSCHEIDE

➔verbindlicher:
Wenn das Parlament ein per Volksentscheid verabschiedetes Gesetz ändert, können Bürger innerhalb von 4 Monaten mit 50.000 Unterschriften einfordern, dass über diese Änderung per Volksentscheid entschieden wird.

Die neue Regelung entspricht der in Hamburg. Sie soll die Machtbalance zwischen Berlinern und ihren Vertretern ausgleichen und den demokratischen Respekt gegenüber Volksentscheiden fördern.

➔fairer:
Feste Fristen für den Senat geben Initiativen Planungssicherheit.

• Bisher: keine Fristen für Senat.
Den Mietenvolksentscheid prüfte der Senat so lange, dass der Termin Abgeordnetenhauswahl 2016 unmöglich wurde.

➔machbarer:
Volksentscheide finden grundsätzlich an Wahltagen statt, damit die Beteiligung hoch genug ist und das Zustimmungsquorum erreicht wird. Quoren werden leicht gesenkt. Die Zahl der Unterschriften, die notwendig sind, um einen Volksentscheid zu initiieren, wird auf ein praktikables Maß gesenkt.

Zum Vergleich: Sachsen und Bayern kommen ohne Zustimmungsquoren aus.

Den vollständigen Wortlaut des Gesetzentwurfes zur Änderung der Artikel 62 und 63 der Verfassung von Berlin finden Sie unter www.volksentscheid-retten.de